

Standpunkte **zur** **STAATSWISSENSCHAFT**

Nr. 16

Revolte der Elite

von

Arne Heise

Februar 2005

Die STANDPUNKTE ZUR STAATSWISSENSCHAFT werden in unregelmäßiger Folge vom Lehrstuhl ‚Finanzwissenschaften‘ an der HWP – HAMBURGER UNIVERSITÄT FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben und sollen pointiert zu aktuellen Themen der Wirtschafts- und Finanzpolitik Stellung nehmen. Der Inhalt wird allein von den Autoren verantwortet:

Prof. Dr. Arne Heise
HWP
Von-Melle-Park 9

20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: HeiseA@hwp-hamburg.de

Verzeichnis aller STANDPUNKTE und anderer Veröffentlichungen:

www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm

Revolte der Elite

Arne Heise, HWP – Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik

Vor einiger Zeit habe ich ein Buch mit dem Titel ‚Dreiste Elite‘¹ veröffentlicht. Damit wollte ich – deutlich vor den Veröffentlichungen von Peter Bofinger² oder Albrecht Müller³ – der zunehmenden Welle von Büchern etwas entgegensetzen, die das ‚Modell Deutschland‘ für gescheitert und den Systemwechsel für überfällig erklären⁴.

Ich wollte aber nicht nur einige allzu bekannte Mythen korrigieren, sondern auch danach fragen, wem die aus meiner Sicht völlig fehlgesteuerte Reformdiskussion eigentlich nützt – deshalb lautet der Untertitel des Buches ‚Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung‘!

Zu diesen meinen Thesen bin ich gelangt, als ich die Extrempositionen der ‚Varieties of Capitalism‘-Skala – den korporatistischen Kapitalismus der Bundesrepublik einerseits und den liberalen Flexikapitalismus Großbritanniens andererseits – einmal in einem Forschungsprojekt genauer untersuchte⁵. Ich kam nämlich zu folgenden – für mich durchaus unerwarteten – Ergebnissen:

* Obwohl die Arbeitsbeziehungs-, Arbeitsmarkt- und Tarifvertragssysteme maximal differieren, lässt sich in vielen Indikatoren eine ‚funktionale Äquivalenz‘ feststellen: Der deutsche Arbeitsmarkt ist etwa genauso (extern = gemessen durch den sogenannten ‚labour turnover‘) bzw. sogar (intern = ‚job turnover‘) flexibler als der britische Flexi-Arbeitsmarkt und auch die Sensitivität des deutschen Lohnsystems in Bezug auf die Berücksichtigung von Arbeitsmarktschieflagen ist etwa so groß wie jene des britischen Lohnsystems nachdem Margret Thatcher zulasten gewerkschaftlicher Handlungsoptionen die gewiss in den 60er und 70er Jahren bestehenden Dysfunktionalitäten brutal beseitigte.

Aus dieser ‚funktionalen Äquivalenz‘ darf nun aber nicht geschlossen werden, es sei dann wohl egal, wie die (Arbeitsmarkt- und Tarif-)Systeme institutionell ausgestaltet wären, denn es gibt mindestens zwei wichtige Bereiche, in denen es deutliche Unterschiede gibt:

* Obwohl die Arbeitsmarktflexibilität objektiv recht vergleichbar ist, fühlen sich die britischen Arbeitnehmer subjektiv viel schutzloser und empfinden eine wesentlich höhere, willkürliche Arbeitsplatzunsicherheit als ihre deutschen Kollegen. Dies aber reduziert signifikant ihre Bereitschaft zur betriebsspezifischen Humankapitalbildung – einer der wesentlichen Gründe, weshalb das deutsche Modell eine höhere Wertschöpfungskraft besitzt, d.h. produktiver ist als die britische Flexi-Wirtschaft!

¹ Heise, A.; Dreiste Elite. Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003

² Bofinger, P.; Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle, München 2004

³ Müller, A.; Die Reformlüge, 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München 2004

⁴ Die Liste ist lang: u.a. Sinn, H.-W.; Ist Deutschland noch zu retten?, München 2003; Siebert, H.; Der Kobra-Effekt. Wie man Irrwege der Wirtschaftspolitik vermeidet, München 2003; Methfessel, K.; Winterberg, J.M.; Der Preis der Gleichheit, Düsseldorf 1998; Miegel, M.; Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, München/Berlin 2002; Herzinger, R.; Die Tyrannei des Gemeinnsinn. Ein Bekenntnis zur egoistischen Gesellschaft, Berlin 1997.

⁵ Heise, A.; Grenzen der Deregulierung. Institutioneller und struktureller Wandel in Großbritannien und Deutschland, Berlin 1999

* Es gibt einen deutlichen Unterschied in den Arbeitsmarktergebnissen, die eindeutig auf die unterschiedlichen Institutionen zurückzuführen sind: die qualifikatorische Lohndifferenzierung hat in Großbritannien nicht nur ein deutlich höheres Niveau erreicht (also größere Ungleichheit zwischen Hoch-, Mittel- und Geringqualifizierten), sondern die Entwicklung weist auch ein deutlich anderes Muster auf: Während das Dispersionsniveau in Deutschland seit den 1960er-Jahren weitgehend stabil verblieb, ist die stabile Einkommensdispersion in GB seit Anfang der 80er Jahre deutlich größer geworden!

Diese Ergebnisse und einige scheinbare Sonderbarkeiten haben mich zu drei Rätseln geführt, die ich mit Hilfe politökonomischer Betrachtungen zu lösen versuchte:

(1) Warum sind die deutschen Arbeitgeber – zumindest in ihrer Rhetorik – so unzufrieden mit dem ‚Modell Deutschland‘, dass sie es beständig – seit geraumer Zeit unter den Schlagworten ‚Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt‘ – mit einer Reihe von wohl etablierten Mythen vehement in Frage stellen? Ist dies einfach nur Wortgeklingel zur Vorbereitung der ewig wiederkehrenden Tarifauseinandersetzungen? Und wieso gelang der scheinbar intendierte Systemwechsel in 16 Jahren konservativ-liberaler Kohl-Regierungszeit nicht, also unter einer ideologisch befreundeten Regierung?

Die Frage wird umso rätselhafter, je klarer man erkennt, dass die Stabilität des ‚Modells Deutschland‘ nicht auf den massiven Widerstand der politischen oder gewerkschaftlichen Opposition zurückgeht, sondern der verdeckten Einflussnahme des CDU-Wirtschaftsflügels (!) geschuldet ist – dies hat eine wunderbare Arbeit eines englischen Sozialwissenschaftlers belegt⁶.

(2) Wieso wird eine makroökonomisch ausgerichtete Beschäftigungspolitik – also die traditionellen finanz- und geldpolitischen Steuerungsschrauben, an denen nachweislich alle beschäftigungspolitisch erfolgreichen Länder auch im Zeitalter der Globalisierung noch zielgeführt drehen – nur mehr in Ländern mit zunehmend deregulierten Arbeitsmärkten betrieben? Und wieso wird über eine derartige Politik zumeist gar kein Aufhebens gemacht? Weder der US-amerikanische ‚Militärkeynesianismus‘ noch die extrem expansive Geld- und Finanzpolitik Großbritanniens unter Margret Thatcher Ende der achtziger und Mitte der neunziger Jahre haben über enge wissenschaftliche Kreise hinaus Aufmerksamkeit erregt. Im Gegenteil: Beide Länder werden mit einer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik assoziiert, die konträr zur Realität vorgeblich auf makroökonomische Interventionen jenseits einer konsequenten Spar- und Preisstabilitätspolitik verzichteten.

(3) Wieso steht die Bundesrepublik jetzt, unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung vor dem Systemwechsel, der tatsächlich das Ende des ‚Modells Deutschland‘ bringen mag, während 16 Jahre Kohl-Regierung letztlich dem ‚Modell Deutschland‘ nichts anhaben konnten?

Der Schlüssel zur Lösung dieser Rätsel liegt meiner Theorie nach in der Erkenntnis, dass es nun auch in Deutschland – wie es der amerikanische Publizist Christopher Lasch schon Anfang der 90er Jahre für die USA diagnostizierte⁷ – **eine ‚Revolte der Elite‘ gibt**. Die selbsternannte Leistungselite – oder Meritokratie – kündigt den ‚historischen Nachkriegs-Kompromiss‘ auf, der für den westlichen Kapitalismus in der Systemkonfrontation mit dem Ostblock eine Gleichzeitigkeit von hoher Wertschöpfungskraft (Effizienz) und

⁶ Wood, St.; Weakening Codetermination? WZB-Discussion paper FS I 97 – 302, Berlin 1997

⁷ Lesch, Chr.; Revolte der Eliten. Oder: Verrat an der Demokratie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12, 1994, S. 1437 - 1447

Einkommensegalität nachweisen und damit die Überlegenheit gegenüber dem real existierenden Sozialismus beweisen sollte (den zwar ein hohes Maß an Einkommensegalität, nicht aber Effizienz auszeichnete). Spätestens mit dem Ende der Systemkonfrontation Ende der achtziger Jahre – in den USA und GB aber bereits früher – bedurfte es dieser Legitimation nicht länger, der historische Verteilungskompromiss wurde hinfällig.

Was aber hat dies mit meinen drei Rätseln zu tun? Ich unterstelle einen nicht-linearen Zusammenhang zwischen der allgemeinen Einkommensdispersion und dem absoluten Einkommen des obersten Einkommensquartils (als Proxi-Variable für die Interessen der Leistungselite). Das bedeutet, dass mit steigender Ungleichverteilung der Einkommen die Hocheinkommensbezieher zwar ständige relative Gewinner sind, irgendwann aber ein Punkt erreicht ist, an dem sie absolut verlieren werden! Wieso: weil die politische und ökonomische Instabilität, die eine zunehmende Ungleichverteilung auslöst, mit Kosten (Kriminalität, Gesundheit, nachfrage- und investitionstheoretisch begründbare Wertschöpfungsverluste) verbunden sind, die die relativen Einkommensgewinne überkompensieren. Wenn dann noch eine lineare Beziehung zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit und der Einkommensdispersion unterstellt wird – weil Arbeitslosigkeit ungleich über die Qualifikationen verteilt ist und die Lohnbildung der Geringqualifizierten stärker unter Druck bringt als der Hochqualifizierten –, dann wird verständlich, dass es so etwas wie eine ‚meritokratisch-optimale Arbeitslosigkeit‘ (MORU) gibt, deren genaue Höhe offensichtlich vom Arbeitsbeziehungs- und Tarifvertragssystem abhängt: Je unregulierter die Arbeitsmärkte und dezentraler das Tarifsysteem, desto stärker schlägt Arbeitslosigkeit auf die Einkommensdispersion durch oder einfacher: Die MORU wird in Deutschland höher sein als in Großbritannien! Und Kenner erblicken in der MORU natürlich ein post-kaleckianisches Konstrukt.⁸

Natürlich liegt die ‚natürliche Arbeitslosigkeit‘, mit der kapitalistische Ökonomien systematisch geschlagen sind, nicht notwendigerweise auf dem Niveau, auf dem es die Meritokraten gerne hätten, um ihre Verteilungsinteressen optimal durchsetzen zu können. Im Zweifel müsste die Arbeitslosigkeit also auf das Niveau der MORU gebracht werden. Wie aber sollte es den Meritokraten, die ja im demokratischen Prozess keine Mehrheit darstellen, gelingen, eine Politik gegen die Leidtragenden von Arbeitslosigkeit und Einkommensungleichheit durchzusetzen?

Indem jene Politik, die empirisch kaum bestreitbar wachstums- und beschäftigungsfeindlich ist, zum kaum noch hinterfragten ‚Common sense‘ der Wirtschaftspolitik stilisiert wird: Monetaristisch-restriktive Geldpolitik der Preisstabilisierung und auf Haushaltsausgleich getrimmte, restriktive Finanzpolitik werden seit zwei Dekaden als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung deklariert, wenn gleichzeitig dereguliert und liberalisiert wird: dies ist der Kern der spätestens seit den achtziger Jahren dominanten Angebotspolitik.

Anfänglich waren es wissenschaftliche (Geheim-)Zirkel (z.B. Mont-Pelerin-Gesellschaft, Frankfurter Institut der Stiftung Marktwirtschaft), später dann die Massenmedien wie SPIEGEL, ZEIT oder Springer-Presse, die dieser angebotspolitischen Orientierung zur Dominanz verhelfen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die drei angesprochenen Rätsel, wie ich meine, plausibel lösen:

⁸ Kalecki, M.; Politische Aspekte der Vollbeschäftigung; in: ders.; Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg 1988 (original: 1943)

(1) Weshalb wollen die deutschen Arbeitgeberverbände als bestorganisierte Stimme der Meritokratie das ‚Modell Deutschland‘ einerseits zwar nicht wirklich aufgeben, es aber dennoch anhaltend und scharf kritisieren: *Sie wünschen sich das Beste beider Welten!* Indem sie nämlich auf ganz pragmatischer Ebene am ‚Modell Deutschland‘ festhalten, wollen sie vor allem dessen überlegenen Wertschöpfungskraft erhalten. Indem sie es aber auf rhetorischer Ebene beständig kritisieren und hinterfragen, versuchen sie den Druck auf die Gewerkschaften und die Politik zu erhöhen, eine stärkere Einkommensungleichheit zuzulassen. Sie versuchen dies, weil die ansonsten benötigte ‚meritokratisch-optimale Arbeitslosenquote‘ zu hoch sein könnte, um politisch dauerhaft durchgesetzt werden zu können.

Nun wird übrigens auch deutlich, weshalb es in Großbritannien Anfang der achtziger Jahre tatsächlich zu jenen drastischen Reformen kam, mit denen die Sozialstaatsreformer auch Deutschland seit mehr als zwei Jahrzehnten drohen: Dies ist nicht etwas das Ergebnis höherer Einsichtigkeit britischer Politiker und größerer Reformfreudigkeit der britischen Gesellschaft, sondern der zwangsläufige Druck der britischen Leistungseliten, die Margret Thatcher an die Macht pushten – aber auch der dauerhaft untragbaren britischen Arbeitsbeziehungen der späten siebziger Jahre, deren Militanz und Unversöhnlichkeit auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite zur so genannten ‚britischen Krankheit‘ geführt hatten: hohe Arbeitslosigkeit gepaart mit geringer Wertschöpfungskraft. Der dramatische institutionelle Wandel, der als Thatcher-Revolution in die politische Literatur eingegangen ist, konnte deshalb nicht nur die ‚meritokratisch-optimale Arbeitslosenquote‘ senken, sondern obendrein auch die Einkommensleistungskraft der britischen Volkswirtschaft erhöhen. Beides zusammen ergab eine deutliche Steigerung der Leistungsfähigkeit der Ökonomie des Vereinten Königreiches, die sich politisch erfolgreich als Ausweis der gelungenen Modernisierung Großbritanniens verkaufen ließ und den Konservativen über 18 Jahre die Macht erhielt.

(2) Auch das zweite der angesprochenen Rätsel ist nun zu lösen, weshalb nämlich beschäftigungsorientierte Finanz- und Geldpolitik in Ländern mit fortgeschrittenem Deregulierungsprozess – wie z.B. die USA oder Großbritannien – wahrscheinlicher anzutreffen ist als in der Bundesrepublik: Nach erfolgter Deregulierung bedarf es der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr, um Druck auf die Widerstand leistenden Institutionen und Regulierungen auszuüben. Im Gegenteil: Die ‚natürliche‘ Arbeitslosigkeit in marktwirtschaftlich ausgerichteten Gesellschaften kann recht schnell über das für die Leistungselite ‚meritokratisch-optimale Niveau‘ ansteigen und damit ihre eigenen Interessen gefährden. Beides zusammen – ein hohes Maß an Einkommensungerechtigkeit und hohe Arbeitslosigkeit – lässt sich nämlich politisch nur schwer stabilisieren: London und Liverpool in der 80er Jahren können davon berichten, Magdeburg Ende 2004 war da nur ein müder Beginn. Wenn es dann aber gelingt, Makropolitik als den Schlüssel der positiven Entwicklung zu verbergen, wird der damit ausgelöste Beschäftigungserfolg gar zur Legitimation der Deregulierungsmaßnahmen missbrauchbar.

(3) Bleibt noch das dritte Rätsel: Wieso scheint jetzt und ausgerechnet unter einem sozialdemokratischen Kanzler die Zeit gekommen, einen Systemwechsel vorzunehmen und das ‚Modell Deutschland‘ zu begraben? Dies lässt sich – zumindest im Rahmen des vorgeschlagenen polit-ökonomischen Modells – nur teilweise beantworten: Die Leistungselite strebt dann den Systemwechsel, nicht nur rhetorisch, sondern ganz praktisch an, wenn absehbar wird, dass die Institutionen der Einkommensdifferenzierung (insbesondere das Tarifsystem) auch unter dem Druck der Arbeitslosigkeit nicht zu knacken sind bzw. die

(meritokratisch-optimale) Arbeitslosigkeit auf ein Maß gesteigert werden müsste, dass als gesellschaftlich inakzeptabel eingeschätzt wird. Dann, und nur dann, ist aus Sicht der Leistungselite die Abkehr von jenem Modell rational, dass eigentlich die überlegene Wertschöpfungskraft besitzt. Die über die konservativ-liberalen Parteien gesteuerten Deformierungsvorschläge (Abschaffung der Tarifautonomie und Mitbestimmung, Kopfprämienmodell der sozialen Sicherung, ‚Steuersystem auf dem Bierdeckel‘) des Modells Deutschland signalisieren nun, dass die Geduld der Meritokratie ein Ende hat. Die Sozialdemokratie unter einem vollständig wertevergessenen Kanzler scheint allein deshalb besser in der Lage zu sein, diesen Systemwechsel vorzubereiten, weil sie besser als eine konservativ-liberale Regierungskoalition für so genannte ‚hard choices‘ (also politische Maßnahmen, die dem Wähler ‚weh tun‘) Akzeptanz zu organisieren versprechen – vielleicht um den Preis der Selbstaufgabe!

Ich habe mein Buch ‚Dreiste Elite‘ genannt, nicht etwa, weil ich es für unanständig hielte, Verteilungsfragen zu thematisieren und – in Zeiten zunehmender Individualisierung – ‚alte Verteilungskompromisse‘ zu hinterfragen. Obszön finde ich nur, wenn eine Politik als ‚gemeinwohlförderlich‘ hingestellt und zur Dogmatik (TINA – There Is No Alternative) erhoben wird, deren Bekämpfung mit gesellschaftlicher Marginalisierung bestraft wird, ausschließlich um partikulare Verteilungsinteressen ohne klare Offenlegung durchzusetzen – selbst wenn ein jahrzehntelang höchst erfolgreiches Wirtschaftsmodell, das die Grundlage unserer politisch stabilen Demokratie war, dabei zerschlagen wird. Dies halte ich für dreist!

Bisher erschienene STANDPUNKTE

Nr. 1 Sozialaufruf

Nr. 2 Arne Heise: Endlich Luft. Oder: (Vielleicht) das Ende eines Mythos

Nr. 3 Arne Heise: Die Chance der Krise nutzen – jetzt einen Makro-Dialog einrichten

Nr. 4 Arne Heise: Wann ist endlich Schluss mit dem Mythos vom Niedriglohn-Beschäftigungswunder?

Nr. 5 Arne Heise: Ist Schröder gescheitert?

Nr. 6 Arne Heise: Weg mit der Zwangsjacke

Nr. 7 Arne Heise: Versprochen und gehalten?

Nr. 8 Arne Heise: Teile und herrsche

Nr. 9 Dietrich Budäus: Berliner 20 Punkte Programm zur Reform des öffentlichen Sektors

Nr. 10 Arne Heise: Gewerkschaften und ihre neoliberale Herausforderung

Nr. 11 Leonhard Hajen: Wachsende Stadt und globalisierte Märkte: Exklusion und Inklusion am Beispiel Hamburgs

Nr. 12 Leonhard Hajen: Ein Jahr Fallpauschalen – Segen oder Ruin für Hamburgs Krankenhäuser?

Nr. 13 Arne Heise: Deutschland am Ende? Oder: Totgesagte leben länger (wenn wir sie nur ließen)

Nr. 14 Arne Heise: Wie sich der ökonomische Sachverstand endgültig verabschiedet

Nr. 15 Arne Heise: Er muss da raus! Schröder macht die SPD kaputt.